Parteiwerbung wie auf dem Wochenmarkt

Im Affärenland Mecklenburg-Vorpommern befürchten Christ- und Sozialdemokraten Stimmenverluste / Von Bert Gamerschlag





Landtag in Schwerin, Ministerpräsident Seite: Rücktritte, Rausschmisse, Rangeleien

In Mecklenburg-Vorpommern begann der Wahlkampf schon im letzten Jahr – mit einem Anruf. Am 10. September telefonierte Gerd Schneider, Schwerins NDR-Funkhausdirektor, seinen Redakteuren hinterher. Unwirsch verlangte der Chef Auskunft, warum über das für den nächsten Tag geplante Kinderfest von Ministerpräsident Berndt Seite nichts in den Regionalnachrichten gebracht werde.

Schneider war gerade erst selbst Opfer einer bohrenden Nachfrage geworden. Die als Dauerrednerin gefürchtete Leiterin der Staatskanzlei hatte dem Funkhausdirektor wortreich auseinandergesetzt, der Ministerpräsident habe kein Verständnis für die Verweigerungshaltung der öffentlich-rechtlichen Anstalt. Das Fest sei regierungsamtlich und habe Nachrichtenwert.

Schneiders Redakteure hatten das Lamento allerdings schon am eigenen Leibe erfahren und wiederholten nun ihrem Chef, was sie zuvor der Staatskanzlei vorgetragen hatten: daß ein Regierungskinderfest eben nur ein Kinderfest sei, und heiße der Gastgeber auch Seite. News-Wert: null. Der Direktor konnte dieser Argumentation schließlich folgen, und Christdemokrat Seite mußte ohne Kameras mit den Kindern spielen. Seitdem war klar, daß der Kampf für die Landtags- und Kommunalwahlen 1994 begonnen hatte. „Wo normale Leute durch eine normale Tür gehen, hängt die Regierung ein rotes Band davor und schneidet es pressewirksam durch", spottete Thomas Freund, SPD-Sprecher im Landtag.

Werbung tut not, denn die Landesregierung hat sich in den letzten vier Jahren überaus schwer getan. Zwar war schon bei der Länderbildung 1990 sicher, daß Mecklenburg-Vorpommern das ärmste Bundesland mit den ärgsten wirtschaftlichen und sozialen Problemen sein würde. Doch all diese Schwierigkeiten hielten die mit knappstem Ergebnis gewählten Christdemokraten nicht davon ab, sich ständig mit sich selbst zu beschäftigen.

Dreieinhalb Jahre lang präsentierte sich die mit der FDP gebildete Koalition in Schwerin zunächst dem eigenen Land, dann auch dem Bund, in Phasen gar der Weltöffentlichkeit mit immer neuen Krisen und Affären. Das war weniger die Schuld der liberalen Partner, deren Minister in erster Linie ihre Arbeit taten. Der Stunk entwickelte sich in der CDU unter Landeschef Günther

Krause, deren Diadochenkämpfe einen Ministerpräsidenten, einen Chef der Staatskanzlei, fünf Minister, fünf Staatssekretäre, drei Regierungssprecher und zahlreiche Abteilungsleiter stürzten oder verschlissen.

Im März 1992, mitten in der ostdeutschen Werftenkrise, wurde der so bescheidene wie glücklose Alfred Gomolka Opfer einer Intrige aus den eigenen Reihen, an der neben Krause auch CDU-Fraktionschef Eckhard Rehberg, Innenminister Georg Diederich und Justizminister Ulrich Born teilhatten.

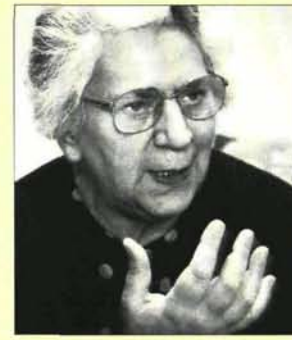
Gomolkas Sturz endete im Rausschmiß Borns, dem Rücktritt Diederichs' und der Entlassung oder Demission der Staatssekretäre Rüdiger Annecke und Volker Pollehn. Und weil man einmal dabei war, wurde gleich auch der biedere Finanzstaatssekretär Merten Drevs entlassen, der als Kultusminister überforderte Oswald Wutzke geschaßt.

Auf Gomolka folgte Seite, doch kaum hatte der den maroden Werften, einzige Industrie des Landes, mit Bonner Hilfe einen bescheidenen Bestand gesichert, wurde die Welt im August Zeuge fremdenfeindlicher Volkstumulte und Brandschatzungen in Rostock-Lichtenhagen.

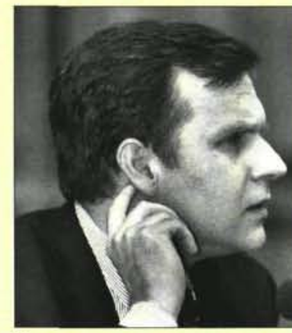
Die Gewalt und das Versagen der Polizei schadete, so läßt sich vermuten, dem Ansehen Deutschlands wie kein Ereignis seit dem Krieg. Die Olympia-Bewerbung Berlins scheiterte auch am schlechten Image Rostocks, das die Segelwettbewerbe ausrichten sollte. Ministerpräsident Seite erklärte im Fernsehen, die Ausländer trügen durch ihr Gebaren Mitschuld an den Ausschreitungen. Und der Innenminister Lothar Kupfer behauptete, für seine Polizei zwar zuständig, jedoch nicht verantwortlich zu sein. Es dauerte ein halbes Jahr, bis Seite ihn feuerte.

Vorläufig letztes Kapitel der traurigen Chronik: der Untergang des Umweltstaatssekretärs Peter-Uwe Conrad und seiner Ministerin Petra Uhlmann. Der Christdemokrat aus Kiel hatte sich bei der Neuordnung der Mülldeponie Schönberg völlig in die Hand des Müllmaklers Adolf Hilmer und dessen FDP-Partei- und Geschäftsfreund Wolfgang Kubicki begeben und dabei, laut Rechnungshof, dem Land „unabsehbaren Schaden" zugefügt.

Derweil verschlechterten sich Seites Beziehungen zum machtbewußten Parteichef Krause immer weiter. Erst im Mai letzten Jahres gelang es Gomolkas Nachfolger, den durch Putzfrauen- und andere Affären beschwerten Vorsitzenden aus dem Chefsessel der Landes-CDU zu zwingen. Nachdem Seite auch die prompt folgende, anscheinend aber haltlose Anschuldigung überlebte, er habe Kontakte zur Stasi gepflegt, scheint Ruhe zu herrschen. Den CDU-Landesvorsitz übernahm die Bundesfrauen- und -jugendministerin Angela Merkel.



Woltemath



Krause

Die SPD Mecklenburg-Vorpommerns profitierte in der ersten Legislaturperiode von dem großen Glück, die Wahl verloren zu haben. Mit regierenden Sozialdemokraten, so darf unterstellt werden, wäre das marode Land kaum besser, wahrscheinlich nur auf etwas andere Weise schlecht gefahren. An administrativer wie an politischer Erfahrung fehlte es beiden großen Parteien.

Vor allem in der Anfangszeit machte den Sozialdemokraten eine penetrante Unterwanderung durch alte Stasi-Kader zu schaffen. Die Rostocker SPD etwa war von Stasi-Intrigen schwer geschädigt. Mißtrauen und Hysterie nahmen geradezu groteske Dimensionen an, zwei Rostocker Landtagsabgeordnete wechselten wegen haltloser Vorwürfe aus den eigenen Reihen zur CDU. Eine Leitfigur wie die Rostockerin Käthe Woltemath, bundesweit populär als „Mutter der SPD", wurde tatsächlich als Inoffizielle Mitarbeiterin des MfS enttarnt.

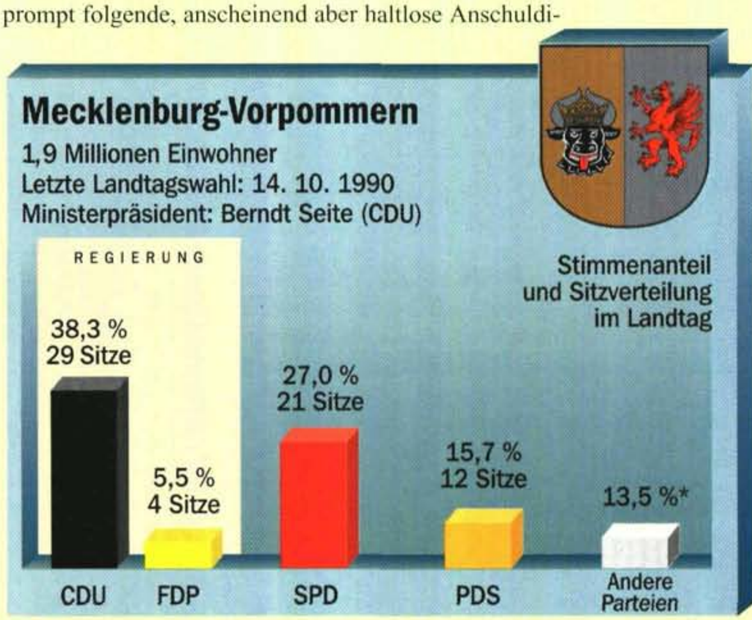
Vier Jahre hatten die Sozialdemokraten Zeit, das parlamentarische Handwerk ohne Verantwortungsdruck zu verfeinern, konnten sich ihre Abgeordneten für die Fachgebiete präparieren.

SPD-Fraktionschef Harald Ringstorff, ein Chemiker mit den Händen eines Hufschmieds, ließ unbeteiligte Zuschauer in den ersten Legislaturjahren durch sein linkisches Auftreten mitleiden. Man konnte ihn beobachten, wie er auf seinen Gegenspieler, den Ministerpräsidenten, unsicheren Schrittes zuging, beim Händeschütteln mehrmals einen Kopfdiener machte und dann mit gesenktem Haupt und unstet schweifendem Blick ein Verslein aufsagte.

Doch mittlerweile dröhnen die Bohlen des Schweriner Schlosses, wenn der Oppositionsführer durch die Gänge marschiert. Sein Händedruck quetscht schmerzhaft, und vor lauter Zuversicht kann Ringstorff das Lachen kaum lassen.

Ob die SPD-Opposition, die landesweit gerade mal 4000 Mitglieder hat, ihr neues Selbstbewußtsein in Regierungsverantwortung einbringen kann, ist allerdings bei der allgemeinen Stimmungslage höchst ungewiß. Die auch unter Mecklenburgern und Pommern verbreitete Parteienverdrossenheit läßt bei allen Wahlen ein Höchstmaß an Stimmenverweigerung befürchten.

1990 erhielt die CDU 38,3 Prozent, die SPD 27, die LL/PDS 15,7 und die FDP 5,5 Prozent. Dieses Bild, so ist zu erwarten, wird sich 1994 stark ändern. In den Wandelgängen des Parlaments bis hinunter in die Ortsvereine herrscht Besorgnis vor Einbrüchen und Verschiebungen in der Parteienlandschaft.



* Darunter Grüne mit 4,2 Prozent, Neues Forum mit 2,9 Prozent und Bündnis 90 mit 2,2 Prozent

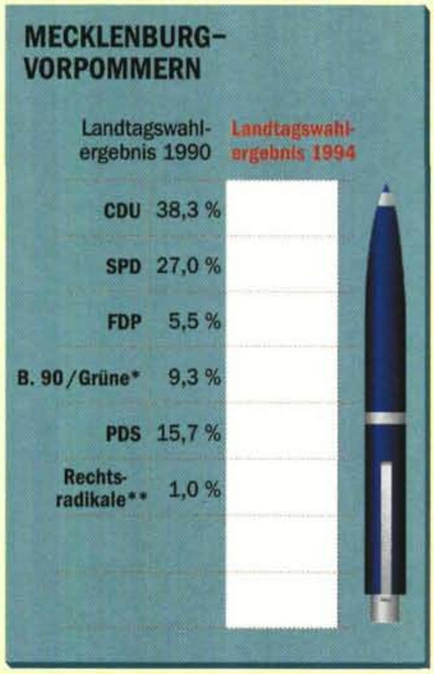
Von den wenigen überhaupt abgegebenen Stimmen, so ein allseits entworfenes Szenario, werden CDU und SPD zusammen nicht genügend erhalten, um eine Große Koalition bilden zu können. Die FDP wird mangels Klientel gar nicht wieder in den Landtag einziehen, statt dessen kommt die rechtsradikale DVU. Ebenfalls werden Bündnis 90/Grüne mit 10 Prozent das Parlament erreichen, und die PDS wird ihre knapp 16 Prozent behalten.

Ob sich CDU, SPD und Bündnis 90/Grüne bei der Gegensätzlichkeit ihrer Programme und der beträchtlichen gegenseitigen Abneigung zu einer Koalition zusammenraufen können, scheint fraglich. Und für die konstruktive Duldung einer Minderheitsregierung spricht nach den bisherigen Erfahrungen mit den Zuständen in der CDU auch nicht viel.

Für die Kreis- und Gemeindeparlamente, die zusammen mit dem Europaparlament im Juni zur Wahl stehen, fehlt es den großen Parteien sogar an Kandidaten. Besonders die SPD, die auf keinem Blockparteikörper aufbauen konnte, leidet da an der geringen Zahl ihrer Mitglieder. Die CDU hat seit der Wende mehr als die Hälfte ihrer Leute verloren und zählt nur noch 10 500 Mitglieder.

Wie auf dem Wochenmarkt überbieten sich nun die beiden Großen mit politischen „Schnupperangeboten“: Interessenten können, ohne der Partei beitreten zu müssen, an deren Sitzungen teilnehmen und im lokalen Bereich sowie auf Kreisebene auch Mandate übernehmen. Die Anteilnahme der Bürger, die sich eher für Wagenpflege und Ratenzahlungen interessieren, ist jedoch gedämpft.

Befördert durch abschreckende Beispiele wie etwa der dreijährigen CDU-Herrschaft auf Rügen – wo der Landrat nicht etwa wegen Grundstücksmauscheleien und Günstlingswirtschaft, sondern erst durch die Kommunalaufsicht und wegen seiner Stasi-Akte entfernt werden konnte –, sprießen auch in Mecklenburg-Vorpommern alternative Wählerlisten aus dem Boden. An der Müritz zum Beispiel will der „Warener Bürgerbund – unabhängig und ehrlich“ aus Ekel vor dem „Parteiengerangel“ alles anders und, so der Initiator Frank Burchett, die „Meinung des Durchschnittsbürgers“ zum Maß aller Dinge machen. Burchett war von August 1992 bis April 1993 in der CDU.



* Parteiname 1990 und 1994 unterschiedlich
** Welche Parteien (Republikaner, DVU, NPD) kandidieren werden, war bei Redaktionschluß noch offen.

Dabei hätte das Kümmerland Mecklenburg-Vorpommern starke Mehrheiten bitter nötig. Auch am Ende der ersten Legislaturperiode sind die Probleme gewaltig, sind Acker, Meer, schöne Natur und wenig Menschen beinahe das einzige, was die Region zu bieten hat.

Die Werftenindustrie ist, stark geschrumpft, zwar erst mal gerettet, kann aber nur mit Subventionen und dem guten Willen der Brüsseler EU überleben. Abertausende Pendler fahren zur Arbeit in das westlich angrenzende Norddeutschland, die Abwanderung ist erheblich.

Die Landwirtschaft auf ausgedehnten, aber schlechten Böden hat von einst 190 000 Arbeitskräften nur 30 000 halten können. Daß es auf diesem Felde nicht zu Massenprotesten gekommen ist, verdankt die Regierung in der Hauptsache dem parteilosen Harald Röpke, dem schratigen Bauernführer. Röpkes Politik deckt sich weitgehend mit CDU-Vorstellungen, und CDU-Landtagsfraktionschef Eckhardt Rehberg möchte „dem Mann jeden Tag dankbar die Hand schütteln“.

Immerhin: Die Infrastruktur des Landes ist deutlich verbessert worden, besonders das Straßennetz kann sich unterdessen sehen lassen. Gewerbegebiete, in denen es meist an Gewerbe fehlt, hat das Bundesland bald so viele wie Seen. Und wenn das so weitergeht, wird der erholungs- und natursuchende Tourist bald eine Mecklenburger Gewerbegebietsplatte vorfinden.


Mülldeponie Schönberg: „Unabsehbarer Schaden für unser Land“